



# Terminhinweis

Nummer 7 vom 23. Juli 2023  
Seite 1 von 1

## Pressestelle

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin  
TELEFON +49 30 18 529-3170  
FAX +49 30 18 529-4262  
E-MAIL [pressestelle@bmel.bund.de](mailto:pressestelle@bmel.bund.de)  
INTERNET [www.bmel.de](http://www.bmel.de)

## Agrarrat berät über europäische Agrarmärkte und Gentechnik

Am kommenden Dienstag werden die Agrarministerinnen und -minister der EU-Mitgliedstaaten in Brüssel das erste Mal unter spanischer Ratspräsidentschaft tagen. Auch bei dieser Ratstagung wird die Lage auf den Agrarmärkten infolge des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine sowie die Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit weltweit im Fokus stehen.

Im Vorfeld erklärt **Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Cem Özdemir**: „Wir mussten damit rechnen, dass Putin das Schwarzmeer-Getreideabkommen aufkündigt. Sein Ziel ist es, der Ukraine wirtschaftlich zu schaden und die internationale Staatengemeinschaft zu spalten. Nun wird weniger Getreide in die von Hunger betroffenen Regionen gelangen sowie auf die Weltmärkte. Herausforderungen bewältigen wir nur gemeinsam, darum müssen wir als Europa geeint zusammenstehen – an der Seite der Ukraine. Die alternativen Exportrouten sind jetzt umso wichtiger, um ukrainisches Getreide über europäische Seehäfen auf die Weltmärkte zu bringen, wo es preisdämpfend wirkt und so gerade den Ärmsten hilft. Es zahlt sich aus, dass die EU frühzeitig aktiv geworden ist, aber jetzt braucht es aber mehr Anstrengungen und eine klarere Priorisierung beim Ausbau der Routen.“

Die EU-Kommission will in Brüssel zudem ihren Vorschlag zur Regelung der Neuen Genomischen Techniken vorstellen. Dazu sagt **Özdemir**: „Sowohl die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher als auch die der Landwirtschaft müssen im Mittelpunkt bei der Regelung zur Neuen Gentechnik berücksichtigt werden. Im aktuellen Vorschlag ist das besonders bei zwei zentralen Themen nicht ausreichend berücksichtigt – bei der Patentierung und der Koexistenz. Unsere Land- und Lebensmittelwirtschaft, egal ob konventionell oder ökologisch, darf nicht in ihrer wirtschaftlichen Substanz gefährdet werden.“